

Kommentar

Von Andreas Herholz



Wulff findet den richtigen Ton

Auschwitz – kein anderer Ort steht so symbolisch für das Unfassbare und Unmenschliche, für den Holocaust, den Tod von Millionen Juden, das dunkelste Kapitel in der deutschen Geschichte. Ein Besuch des Konzentrationslagers, in dem mehr als eine Million Juden, Sinti und Roma ermordet wurden, gehört eigentlich auf den Lehrplan jeder Schule. Zumal die Erinnerung verblasst, die Zahl der überlebenden Zeitzeugen immer kleiner wird.

Christian Wulff wollte in Auschwitz ein Zeichen setzen. Als erstes deutsches Staatsoberhaupt hat er dort eine Rede gehalten und seine Sache gut gemacht. Natürlich wirken gegen Willy Brandts historischen Kniefall am Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettos alle weiteren Gesten und Signale anderer deutscher Politiker eher blass und gewöhnlich. Doch Wulff ist es gelungen, am Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers durch die Rote Armee den richtigen Ton zu finden, an die einzigartige Schuld und Verantwortung aller Deutschen für den Holocaust zu erinnern und den Blick in die Zukunft zu richten. Es gilt die Erinnerung zu bewahren, sie wach zu halten und sie an die nächsten Generationen weiterzugeben. Auschwitz, vom Verfall bedroht, muss erhalten werden, damit das Unfassbare nicht in Vergessenheit gerät. Begegnungsorten wie dort für deutsche und polnische, aber auch für Jugendliche aus der ganzen Welt sind der richtige Weg, um die Vergangenheit im Bewusstsein zu bewahren, Toleranz zu lehren und Freundschaften zwischen verschiedenen Nationen, Kulturen und Religionen zu schließen. Damit sich das Morden nicht wiederholt.

politik@schwaebische-zeitung.de

Kommentar

Von Michael Wrase

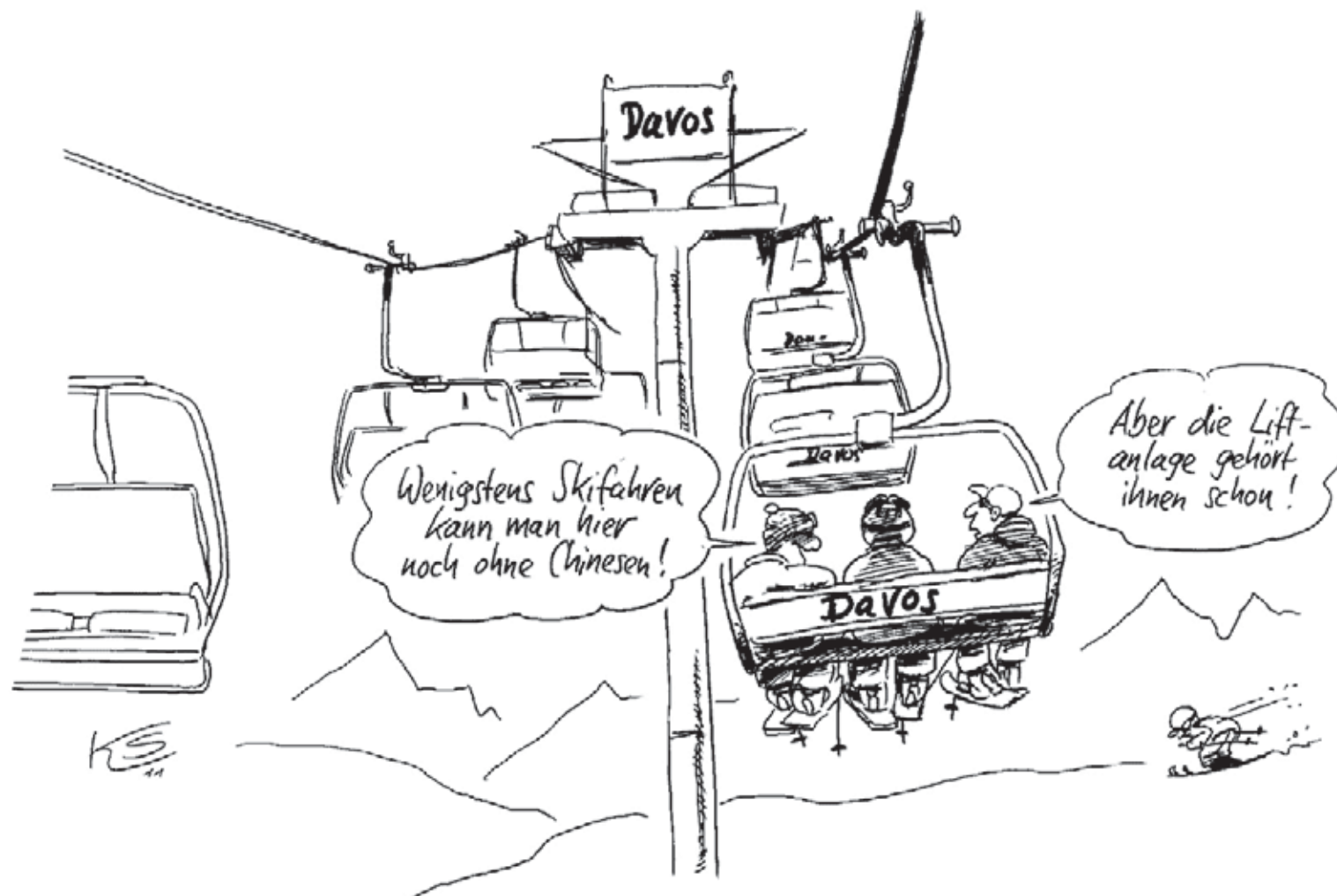


Es geht nur ohne Mubarak

Ägyptens Machthaber haben sich verkalkuliert. Vor den größten Protesten der letzten Jahrzehnte hatte Mubarak Innenminister Habib al-Adly die Organisatoren der landesweiten Straßenproteste noch verspottet. Sie seien sich offenbar nicht bewusst, dass ihre Aktionen „keinerlei Wirkung“ haben werden. Vergleiche mit Tunesien, behauptete Außenminister Abdul Gheit, seien „barer Unsinn“. Mittlerweile sind die arroganten Minister eines Besseren belehrt. Die Proteste reißen nicht ab, sie sollen solange fortgesetzt werden, bis Staatschef Hosni Mubarak gestürzt worden ist. Die Vorgänge in Tunesien haben die Ägypter ermutigt, sich aufzulehnen. Auch im Jemen protestieren jetzt die Menschen. Die Herrschenden müssen um ihre Macht fürchten.

Wie ernst die Lage am Nil ist, zeigen die Reaktionen von Mubarak Verbündeten in Europa und den USA. Sie forderten den altersschwachen Rais in Kairo auf, endlich politische, soziale und wirtschaftliche Reformen einzuleiten und auf die Wünsche der Bevölkerung endlich einzugehen. Doch Hosni Mubarak schweigt. Sein Regime ist verunsichert, wirkt gelähmt, reagiert mit Tränengas, massivem Schlagstockeinsatz und Massenverhaftungen auf die Proteste. Die Opposition wertet dies als ein Zeichen der Schwäche. Wenn der seit drei Jahrzehnten regierende Präsident auf seine Wiederwahl, die im Herbst dieses Jahres erfolgen soll, verzichtet, würden das viele Ägypter als gutes Signal auffassen. Noch fehlen aber Anzeichen für den auch von der Europäischen Union geforderten politischen Wechsel in Kairo. Damit bleibt die Lage hochbrisant.

politik@schwaebische-zeitung.de



Interview

Proteste: „Gegärt hat es seit Jahren“

Die Politikprofessorin Cilja Harders zu den Demonstrationen in arabischen Ländern

BERLIN - Nach Tunesien und Ägypten sind gestern auch im Jemen Demonstranten gegen die Regierung auf die Straße gegangen. Cilja Harders, Professorin für Politik- und Sozialwissenschaften an der Freien Universität Berlin, hat mit unserer Redakteurin Claudia Kling über die Ursachen und die möglichen Folgen der Proteste gesprochen.

SZ: Frau Harders, seit Jahrzehnten war in Ländern wie Tunesien, Ägypten, Jemen der Deckel über dem Volk fest zugeschraubt. Jetzt scheint er eruptiv hochzugehen. Was passiert da genau?

Harders: Das sind keine spontanen Ausbrüche und Proteste. In fast allen arabischen Staaten gab es seit dem Jahr 2000 vermehrt und häufiger kleinteilige und punktuelle Proteste. Darüber haben wir hier nur wenig gehört. Tunesien hatte jetzt für die arabische Welt die Funktion eines Katalysators, aber es ist nicht die Ursache. Von außen betrachtet galt die arabische Welt als stabil autoritär. Diese Sichtweise hat aber unterschlagen, dass es unter dieser Oberfläche enorm gärt.

SZ: Für Sie ist es also kein Zufall, dass sich die Dinge so entwickeln, wie sie sich gerade entwickeln.

Harders: Nein, es ist kein Zufall. Aber ich muss zugeben: Von den tunesischen Entwicklungen bin ich – wie alle meine Kollegen – weitgehend überrascht worden. Ich bin zwar schon immer davon ausgegangen, dass die arabischen Staaten nicht langfristig stabil sein werden, aber Tunesien kam dennoch sehr unverhofft für uns, weil dort der Lebens- und der Bildungsstandard vergleichsweise hoch ist.

Ich hätte eher mit Ägypten oder Algerien gerechnet.

SZ: Wären diese Proteste ohne neue Medien wie Internet und Twitter überhaupt denkbar?

Harders: Nein, das glaube ich nicht. Man braucht dreierlei, um solche Proteste organisieren zu können: eine kritische Masse, Informationen und natürlich Mittel der Vernetzung und der Kommunikation. Dabei spielt aber der arabische Fernsehsender Al Dschazira eine genauso wichtige Rolle wie jetzt Twitter und Facebook. Bevor diese beiden Medien in der Gesellschaft verankert waren, hat Al Dschazira im Fernsehen darüber berichtet, wo die nächste Demo stattfindet und die Menschen hingehen müssen, wenn sie sich beteiligen wollen. Zumindest war das bei den Protesten in Ägypten so, im Jahr 2008 und 2009.

SZ: Nun kam es auch im Jemen zu Protesten. Ist die Situation dort mit der in Ägypten vergleichbar?

Harders: Nein, die soziodemografischen Faktoren und das politische System sind total unterschiedlich.

Expertensicht



Professorin Cilja Harders leitet die Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients an der FU Berlin. Sie studierte Politikwissenschaft, Literaturwissenschaft und Soziologie.

Der Jemen ist eine Nachkriegsgesellschaft – in dieser Hinsicht eher mit dem Libanon oder mit Algerien zu vergleichen. Jemen hat Gewalt im Norden des Landes, einen gewalttätigen Nord-Süd-Konflikt und die islamistischen Gruppen an der Grenze zu Saudi-Arabien, die den Staat herausfordern. Die Situation ist ziemlich unübersichtlich. Interessant und vergleichbar ist allerdings der Anlass der Proteste: Präsident Ali Abdullah Salih will eine Verfassungsänderung durchsetzen, damit er Präsident auf Lebenszeit bleiben kann. Wie in Ägypten entzündet sich also am Präsidentenamt der Frust über die repressive Situation und nicht eingehaltene Versprechungen.

SZ: Welches Land zieht als nächstes nach? Libyen, Marokko?

Harders: Das ist ganz schwer zu sagen. Unzufriedenheit, Armut, demografischer Wandel, zu wenig Jobs, schlechte wirtschaftliche Entwicklung, Mangel an Menschenrechtsschutz, keine Demokratie – all diese Faktoren haben wir in der gesamten arabischen Welt. Insofern könnte es auch überall jederzeit weitergehen. Algerien wäre eine sehr wahrscheinliche Option, weil es dort in den vergangenen drei, vier Jahren ungeheuer viele kleine Proteste gegeben hat.

SZ: Von westlichen Politikern werden die Ereignisse in den nordafrikanischen Ländern positiv bewertet? Teilen Sie diese Einschätzung uneingeschränkt?

Harders: Ja, auf jeden Fall. Für mich war klar, dass diese Systeme, die auf Korruption, Unterdrückung und Vetternwirtschaft beruhen, nicht nachhaltig sind und zu keiner Ent-

wicklung führen. Der Arbeitsmarkt funktioniert nicht, es gibt zu wenige Jobs für junge Menschen und Wohnungsnot, gerade in Algerien. Insofern glaube ich, dass autoritäre Systeme zwar sehr stabil sein können, aber auf Dauer nicht geeignet sind, nachhaltige Entwicklungen zu produzieren.

SZ: Und Sie befürchten nicht, dass islamistische Gruppierungen die instabile Lage für sich nutzen?

Harders: Die Rolle der Islamisten muss man differenziert betrachten. Es gibt überall starke Kräfte, die von den Regimen massiv unterdrückt wurden. Aber auch bei den Islamisten hat sich einen Generationswechsel vollzogen. Die, die vor 20 Jahren die schärfste Opposition waren, sind das heute auch nicht mehr. Islamische Gruppen sind einfach ein Teil der politischen Systeme, das ist nun mal so. Und an der Türkei kann man doch sehen, dass es möglich ist, so etwas wie eine Islam-Demokratie zu entwickeln. Ich sehe keine prinzipielle Inkompatibilität von islamischen Parteien und demokratischen Regieren.

SZ: Wie sollten sich EU und Bundesrepublik jetzt verhalten?

Harders: Jenseits der Einmischung in innere Angelegenheiten gibt es natürlich viel, was getan werden könnte. Die EU hat über Jahre hinweg doppelte Standards gehabt: einerseits Menschenrechte gefordert und gefördert, andererseits mit autoritären Regimen verhandelt. Darin steckt ein Dilemma und eine Unehrlichkeit. Ich denke, dass die EU sehr gut daran täte, die sehr legitimen Forderungen nach Menschenrechtsschutz und freien Wahlen zu unterstützen.

Randnotiz

David Cameron geht auf Schmusekurs

Wie aktuell aus Großbritannien zu hören ist, geht David Cameron auf Samtpfoten-Kurs. Nein, nein, natürlich nicht politisch. Eher tierisch. In London gilt der Spruch, dass man hier nie weiter als einen Meter von einer Ratte entfernt sei. Auch in der Downing Street Nr. 10 hat die Plage überhand genommen. Die Nager sind so zahlreich geworden, dass sie sich sogar öfter mal auf TV-Bilder aus dem Regierungssitz schleichen. Dass auch in Berlin manchmal Affen, Kamele oder anderes Gesocks zu sehen sind – Schwamm drüber. In London jedenfalls wird die offizielle Anschaffung eines Stubentigers für die Camerons erörtert. Der soll regelmäßig patroulieren und den kleinen Tierchen den Garaus machen. Wie in der Politik eigentlich. Damit alles korrekt ist, werden vorsorglich die Mitarbeiter auf Allergien abgeklöpft. Indes atmet das Vereinigte Königreich auf: Der Premierminister ist nicht auf den Hund gekommen. Nur auf die Katze. Miau. (bil)

Zitat des Tages

„Wir stehen ohne Wenn und Aber an der Seite und auf der Seite der Demokratie, sei es in Tunesien, sei es in Ägypten.“



Außenminister Guido Westerwelle (FDP) im Bundestag zur Situation in Tunesien und Ägypten

Pressestimmen

Weitreichende Folgen

Zu den anhaltenden Unruhen in Ägypten schreibt die rechtsliberale spanische Zeitung „El Mundo“ (Madrid): „Auch Ägypten steht jetzt am Scheideweg. Die tunesische Lumte hat auch die arabische Führungsmacht in Brand gesetzt. Tausende von Demonstranten fordern, dass der ägyptische Staatschef wie sein früherer tunesischer Amtskollege Ben Ali ins Exil geht. Die Behörden wurden von den Protesten überrascht, denn Massenkundgebungen hatte es in Ägypten bisher kaum gegeben. (...) Die weitere Entwicklung dort dürfte weitpolitisch von sehr großer Bedeutung sein. Zum einen spielt Ägypten in der arabischen Welt eine führende Rolle, zum anderen haben die radikalen Islamisten in der Gesellschaft wichtige Positionen eingenommen.“

Eine ehrliche Analyse

Die unabhängige französische Tageszeitung „Le Monde“ kommentiert Obamas Rede zur Lage der Nation: „Präsident Barack Obama hat seinen Landsleuten eine ehrliche Analyse geboten. Er sprach von der Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu verbessern und innovativ zu sein, um in Amerika und nicht in Übersee Arbeitsplätze zu schaffen. Er verwies auf China, Südkorea, Europa und Russland und hat klar die Bereiche genannt, in denen Amerika ins Hintertreffen geraten ist. ‚Wir müssen uns mehr anstrengen‘, sagte Obama. (...) Tatsache ist, dass die USA sich tatsächlich mehr anstrengen müssen, wenn sie ihre Industrie anpassen und die Jobs schaffen wollen, die sie brauchen.“

Leserbrief

„Weshalb hat Frau Künast nichts getan?“

Zu den politischen Forderungen der Grünen:

Die Grünen und der Totalausfall

Die Grünen-Fraktionschefin Renate Künast fordert derzeit lautstark ein Reinheitsgebot für Futtermittel. „Statt den Futtermittelherstellern hinterherzulaufen, müsste Frau Aigner auf den Tisch hauen und endlich eine verbindliche Positivliste für Futtermittelzutaten entwickeln lassen“. Ganz, ganz toll! Dieses Eintreten für Verbraucherschutz. Allerdings stellt sich die Frage, weshalb Frau Künast, die in der Zeit von 2001

bis 2005 selbst Bundesverbraucherministerin war, in dieser Zeit selbst aber auch gar nichts zur Verschärfung der Futtermittelkontrollen getan hat. Hätte sie ihre Zeit als Ministerin genutzt, um das Reinheitsgebot zu installieren, wären die neuen Dioxinfälle überhaupt nicht aufgetreten. Es ist daher verlogen, dass ausgerechnet Frau Künast Frau Aigner als einen „Totalausfall“ bezeichnet, der zurücktreten müsse. Wer war da wohl von 2001 bis 2005 der Totalausfall?

Im Übrigen: Landauf landab werten die Grünen dagegen, dass Lebensmittel aus fernen Ländern nach

Deutschland importiert werden, durch die langen Transportwege entstehe zu viel CO₂. Wenn es aber um die bei grünen Klausurtagungen obligatorischen Sonnenblumen geht, gelten diese Regeln für die Grünen offensichtlich nicht. Sie bestanden mitten im Januar darauf, frische Sonnenblumen für die Sitzung ihrer Bundestagsfraktion zu haben. Da diese im Januar schlecht in Deutschland wachsen, waren es halt Sonnenblumen, die aus Israel frisch eingeflogen worden waren. Wer war da wohl der Totalausfall im Kampf um CO₂-Vermeidung?

Liebe Leserinnen, liebe Leser, wir freuen uns über Ihre Briefe. Bitte haben Sie aber Verständnis dafür, dass wir für die Veröffentlichung eine Auswahl treffen und uns auch Kürzungen vorbehalten müssen. Leserzuschriften stellen keine redaktionellen Beiträge dar. Anonyme Zuschriften können wir nicht veröffentlichen.
Schwäbische Zeitung
Rudolf-Roth-Str. 18
88299 Leutkirch
Fax-Nr. 07561 / 80 134
Leserbriefe@schwaebische-zeitung.de

Ihre Redaktion